

Dresdner Neueste Nachrichten

Preis: Die 26 mm breite Seite kostet 1,00 Goldmark, für außerwärts 0,35 Goldmark, für das Ausland 0,50 Goldmark. Die Kasse der Zeitung kostet 1,50 Goldmark. Die Kasse der Zeitung kostet 1,50 Goldmark. Die Kasse der Zeitung kostet 1,50 Goldmark.

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Bezugspreise: Für den halben Monat 1 G. Mark bei freier Zustellung durch Post.
Postpreis für Monat 2,00 Goldmark, für die 1. Klasse 2,50 Goldmark, monatlich 2 Fr. 15.
Anzeigenbelegungen: im Inlande wöchentlich 0,90 Goldmark, nach dem Ausland 1,20 Goldmark. **Eingelnummer 15 G. Pfennig**

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-N., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 27980, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postfach: Dresden 2060
Anzeigenbestellungen werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anteils.

Nr. 111

Sonntag, 11. Mai 1924

XXXII. Jahrg.

Erneutes Ginfen des französischen Franken

Der Höhepunkt des französischen Wahlkampfes

Volkswille, Reichstag und Reichsregierung

Wie sind die Wahlausichten?

Von Bürgermeister Dr. Kütz, M. d. R.

Telegramm unseres Korrespondenten

Paris, 10. Mai

Am Vorabend des Wahltages werden die Wahlsieger der Bloque- und Antibloque-Parteien in Paris erwartet. Auf den Boulevard sind Plakate und Programme geringen Abmaß, das Interesse für die Wahlkämpfe der Kandidaten ist mäßig. Die Arbeiterbewegung in Paris wird durch die Bloque-Parteien intensiv bearbeitet, weil dort mehrere Regierungskandidaten gefährdet sind. Aus der Provinz lauten die Nachrichten sehr widersprüchlich. Das linksrepublikanisch-sozialistische Lager wird in Südfrankreich einige beträchtliche Erfolge erzielen. In den Gegenden des Nationalen Bloque ist die Sozialisten sehr stark gegen die Regierungskandidaten ins Feld zu ziehen, wird es einen großen Wahlsieg geben. Die größten Erfolge des Nationalen Bloque sind in den Departements der Nord, Nordsee und des Jura zu erwarten. Auch die mittelrepublikanischen Wahlkreise bieten ihm einen guten Erfolg.

Das nördliche Gebiet dürfte sich dagegen zum Teil auf die Seite des Kartells der Antibloque wenden. Im Wahlkreis von Lille machen die Kommunisten den Sozialisten schwer zu schaffen. Die Hauptkraft der Kommunisten wird aber in Paris und den umliegenden Fabriksplätzen gesehen werden. Man versucht dort in letzter Stunde, die republikanischen und gemäßigten sozialistischen Kräfte zum Kampf gegen die Kommunisten anzufachen. Es ist bekannt, daß sämtliche Parteien, insbesondere die Sozialisten, den Kommunismus als eine Gefahr für die Republik betrachten. In den Wahlmanifessen der Bloque-Parteien wird über den Wahlsieg am meisten gesprochen. Die sogenannte „Republikanische Vereinigung“, der drei

Minister angehören, richtet an ihre Wähler folgende Mahnung:

„Die deutschen Reichstagswahlen zwingen uns, nachdrücklich zu bleiben. Wir müssen gegen Deutschland eine entschlossene Politik führen. Der Sachverhalt hinsichtlich der Ordnung gebracht werden, und wir müssen erreichen, daß er von den Deutschen angenommen wird. Um so weiter zu kommen, ist es nötig, daß Frankreich diszipliniert und einig hinter dem Mann steht, der die Situation beherrscht. Dieser Mann ist Poincaré.“

Der Sachverhalt hinsichtlich der Ordnung gebracht werden, und wir müssen erreichen, daß er von den Deutschen angenommen wird. Um so weiter zu kommen, ist es nötig, daß Frankreich diszipliniert und einig hinter dem Mann steht, der die Situation beherrscht. Dieser Mann ist Poincaré. Der Sachverhalt hinsichtlich der Ordnung gebracht werden, und wir müssen erreichen, daß er von den Deutschen angenommen wird. Um so weiter zu kommen, ist es nötig, daß Frankreich diszipliniert und einig hinter dem Mann steht, der die Situation beherrscht. Dieser Mann ist Poincaré.

Die französischen Wahlkandidaten

Paris, 9. Mai. Nach der von der Agence Havas veröffentlichten Zusammenfassung über die Kandidaten am kommenden Sonntag werden sich am 1. Mai 594 Kandidaten 2491 Kandidaten auf 452 Listen, von denen 18 Konventionen sind, 165 Republikaner (Bewegung für die Frage-Gruppe), 116 Republikaner (Partei Poincarés), 59 Radikale (101 wohl heißen Nationalradikale - d. H.), 46 Radikale und Radikal-sozialisten, 35 Sozialisten (Partei Charles Poincarés und Briand), 50 Sozialisten und 11 Kommunisten.

Der neue englisch-französische Meinungsaustrausch

Was Poincaré von Macdonald fordern will

WTB. London, 10. Mai. (Durch Funkdruck.) Der politische Berichterstatter der „Daily Mail“ schreibt: Die Beziehungen zwischen Poincaré und Macdonald in London am 20. Mai sei nur das Vorspiel für eine Konferenz der europäischen Räte, die zweifelslos in England stattfinden werde. Der Pariser Berichterstatter des Blattes meint, in Paris hoffe man, daß die Erörterungen zwischen Macdonald und Poincaré eine Grundlage für eine all-englische Mitte Juni stattfindende Konferenz schaffen werde. Die französische Haltung auf der Konferenz in London werde, wie verlautet, sich auf folgende Hauptpunkte beziehen:

1. Der Dawes-Bericht muß sobald wie möglich angewandt werden.
2. Deutschland muß die erforderlichen Gelder annehmen und den Plan zur Durchführung einbringen, bevor die französisch-belgische Verwaltung und Kontrolle im Ruhrgebiet antreten können.
3. Die Durchführung der französisch-belgischen Reparationsanforderung bedeutet nicht eine militärische Intervention, die nur entsprechend den tatsächlichen deutschen Zahlungen durchzuführen werden wird.
4. Die Forderung des Mittelstandes ist nicht nur die jährlichen Reparationszahlungen ab, sondern auch von der militärischen Entlastung Deutschlands, die eine sehr dringende Angelegenheit ist.

Die Reise der belgischen Minister nach Italien

Sonderkonferenz zwischen Thénis und Poincaré?

Paris, 10. Mai. (Via Drahtbericht.) Es wird hier behauptet, daß der belgische Ministerpräsident Thénis in Begleitung seines Außenministers am 12. Mai in Mailand mit Poincaré zusammenzutreffen wird. Es tritt hier immer deutlicher zutage, daß die Absichten der belgischen Ministerpräsidenten weniger darauf hinausgehen, eine interalliierte Konferenz zustande zu bringen, als vielmehr eine Basis zu finden, um die alliierten Deutschen in Paris, daß der Zusammenkunft in Mailand bald eine Sonderkonferenz zwischen Thénis und Poincaré folgen werde, die in Genua oder Bologna stattfinden wird. Dieser Sondergespräch würde dann eine interalliierte Konferenz folgen, die aller Voraussicht nach in den ersten vierzehn Tagen des Monats Juni stattfinden dürfte.

Am 20. Mai in Chequers Zusammenkunft zwischen Macdonald und Poincaré

Paris, 9. Mai. Der englische Votivschalter hatte heute nachmittags eine Unterredung mit dem politischen Direktor des Ministeriums des Außenwesens, Lord Curzon, in der er den Wunsch Macdonalds übermittelte, möglichst bald mit Poincaré zusammenzutreffen, um mit ihm über den Sachverhalt hinsichtlich der Unterhaltung der beiden Ministerpräsidenten am 20. Mai in Chequers vor sich gehen. Es handelt sich, wie die Agence Havas betont, um eine offizielle und private Audienz, die ebenfalls ohne Mitarbeiter der beiden Staatsmänner durchzuführen werden soll.

„Privat und inoffiziell“

Paris, 10. Mai. (Via Drahtbericht.) In der auf den 20. Mai festgesetzten Zusammenkunft Poincarés und Macdonalds in Chequers erhofft man, daß der französische Ministerpräsident beabsichtigt, sich nur allein von einem Dolmetscher begleiten zu lassen. Von englischer Seite wird der Unterhaltung ebenfalls lediglich der Unterstaatssekretär Lord Curzon beizuwohnen. Der Umstand, daß Poincaré nicht seinen Rabinetschef auf die Reise mitnimmt, wird als ein Anzeichen dafür angesehen, daß die Unterredung einen streng inoffiziellen und privaten Charakter tragen soll. Wie die Londoner Meldungen besagen, hat sich der englische Ministerpräsident erst nach längerem Zögern gefaßt, sich an der Einladung an Poincaré zu beteiligen, obwohl ihm der Gedanke an und für sich schon längerer Zeit befallen hat. Ursprünglich beabsichtigte Macdonald, einen persönlichen Brief an Poincaré zu schreiben, hat aber, so glaubt das „Echo de Paris“ zu wissen, auf Veranlassung einer französischen Persönlichkeit, die dieser Tage in London weilte und sich für die Generalität Poincarés vertrat, sich an der Einladung entschlossen.

Vertinax erinnert daran, daß Poincaré sich noch in einem am 21. April an die Reparationskommission gerichteten Brief gegen die Eröffnung eines sofortigen interalliierten Meinungsaustrausches ausgesprochen habe. In einer Kundgebung seines Standpunktes wurde Poincaré lediglich durch die Zusammenkunft der Belgier mit Macdonald bewegt. Vertinax schreibt weiter: „Er liegt auf der Hand,

Bei den Erörterungen über das Ergebnis der Reichstagswahlen pflegt man es als Selbstverständlichkeit zu unterstellen, daß die Wahlen das Spiegelbild des Volkswillens seien. Leider ist diese Auffassung irrig. Große Teile des deutschen Volkes vermögen sich infolge der jahrzehntelangen politischen Unmündigkeit auch heute noch zu keiner klaren politischen Willensbildung durchzurufen, auch nicht bei der Reichstagswahl. Nicht willensmäßig, sondern stimmungsmäßig handeln ist für viele die Wahl, und das Wahlergebnis ist deswegen nicht so sehr Produkt des Volkswillens als der Volkstimmung bzw. der Volksmühsamung. Wer auf die an sich sehr verlässliche Zustimmung des deutschen Wählers reflektiert, wird bis auf weiteres auf härteren Erfolg rechnen können als derjenige, der an den Verband appelliert. Die jetzt vollzogene Reichstagswahl ist hierzu ein besonders sinnvolles Beispiel.

Drei große Sammelbecken für die Reichstagswahlen haben sich diesmal aufgetan; auf der rechten Seite, auf der linken Seite. Links haben die Kommunisten alle die sozialistisch eingestellten Wähler an sich gezogen, denen die sozialistische Haltung der Sozialdemokratie ein Vorbild im Auge war, die sich nach wie vor wohl fühlen in der alten Gewohnheit der Staatsvereinnung, weil Opposition und Kritik immer bedeutsamer ist als politisches Handeln. Es zeigt sich jetzt, daß die Verschmelzung der Unabhängigen mit der Reichstagssozialdemokratie kein Gesandungsprojekt, sondern ein widerstandsfähiger Vorgang gewesen ist; sie war lediglich ein Übergang der Führer, aber keine Verschmelzung der Massen. Das Grob der auf mehr als 60 Sitze angewachsenen kommunistischen Partei stammt gemeinhin aus dem Lager der früheren Unabhängigen. Und so ist auf der linken Seite die Entwicklung klar erkennbar; die Wahlen haben die Sozialdemokratie unter Schwächung ihres Gesamtbestandes dorthin zurückgeworfen, wo Reichstagssozialdemokratie und Unabhängige getrennt standen, nur mit dem Unterschied, daß sich die Unabhängigen ihrer besonnenen Führer entledigt und zu Kommunisten gewandelt haben. Also: Rückschlag in den härtesten Radikalismus. Aus entscheidende Frage für die Praxis des Staatslebens ergibt sich: Wird sich die von den radikalen Massen befreite Sozialdemokratie als eine zuverlässige Partei der Staatsverwaltung behaupten, oder wird sie nunmehr auch im Reich, wie seinerzeit in Sachsen und in Thüringen, Antehaltung an die kommunistische Linke suchen und aufrechterhalten?

Auf der rechten Seite sind die Deutschnationalen und die Deutschösterreichischen zum Vorrang über den Reichstag gekommen, die durch die nationale Rat unserer Zeit nur stimmungsmäßig und nicht wirklich verhandlungsfähig beeinflusst worden sind. Soll man dabei die Deutschnationalen zur Rechten stellen? Vielleicht wissen sie selbst nicht, ob sie zur Linken oder Rechten halten sollen. Ihre wirtschaftlichen Ideen lauten hart nach links, nach Marxismus, in ihren hohen nationalitätlichen Phrasen und Worten sind sie die typischen Vertreter eines entarteten Rechtsradikalismus. Wie die Kommunisten, so scheinen auch sie bewußt und gewollt bei der praktischen Mitarbeit für den deutschen Staat, wie er ist, aus.

Auch der Zuwachs der Deutschnationalen beruht auf den gleichen stimmungsmäßigen Faktoren, die vor vier Jahren die Deutsche Volks-

Partei parlamentarisch groß gemacht hatten. Die entscheidende Frage ist auch hier: Werden sich die Deutschnationalen, die im Wahlkampf schon ein zweites Verfallens ablebten, sich im Reichstag an einer Politik der realen Staatsunvermeidlichkeiten befassen und die Sachverhältnisse als anerkannte Grundlätze zu einer erträglichen Lösung des Reparationsproblems anerkennen oder sie mit höherer Gewalt ablehnen? Was der Fraktionsvorsitzende Herzig bisher über die künftige Haltung seiner Partei in die Öffentlichkeit hat gelangen lassen, gibt kein sehr umfassendes Bild; es zeigt lediglich den dem Einverständnis länder bestimmten ständigen politischen Ehrgeiz, demnach nur politische Macht und keine ehrwürdige Wandlungsmöglichkeit. Ein politisches Programm sind die Grundgedanken daraus nicht.

Die Mehrheitsverhältnisse im Reichstag liegen nach den Wahlen wesentlich ungünstiger als vorher. Theoretisch ist zwar sowohl eine Regierung der großen Koalition, von der Deutschen Volkspartei bis einschließlich Sozialdemokratie, als auch eine Regierung des Bürgerblocks denkbar; in der Praxis des parlamentarischen Staatensystems würden diese Regierungen jedoch auf hoffnungslos schwachen Grundlagen ruhen. Die Situation wird dadurch noch bedeutend erschwert, daß die wesentlichen Fragen des Reparationsproblems nur durch verfassungswidrige Gesetze, also nur mit zwei Dritteln Mehrheit gelöst werden können. Eine solche Mehrheit ist schwerlich anders zu haben, als durch ein Zusammenwirken aller politischen Strömungen von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten. Ob die Möglichkeit hierzu besteht, hängt lediglich von der Haltung der Deutschnationalen ab. Die „Times“ treffen hier den Nagel auf den Kopf, wenn sie sagen: „Es ist Sache der Deutschnationalen, als der Partei, die im neuen Reichstag die Entscheidung in Händen hat, klar und unmissverständlich zu erklären, ob sie den Sachverhältnissen vorliegend annehmen oder ablehnen wollen.“

Außer der Regierung ist es möglich, schnell eine klare Situation zu schaffen. Zur Neubildung der Reichsregierung liegt zunächst gar kein Anlaß vor. Das Verbot der Stunde liegt für die Reichsregierung offen zutage. Die jetzt zur Entscheidung drängende Lebensfrage für das deutsche Volk ist die Kabinetsänderung mit unsern Feinden von gestern. Will sie der Reichstag auf Grund der Sachverhältnisse gutachten, oder will er sie nicht - das ist die sehr einfache Frage, die sofort vom Reichstag zu beantworten ist. Die Reichsregierung hat mit kurzen, klaren Worten ihre Absichten darzulegen, und dann wird sich sehr schnell zeigen, ob sie auf dem Wege zu einer Verständigung die erforderliche Mehrheit hinter sich bekommt oder nicht. Verlangt ihr der Reichstag die Gesetze, so mag sie handeln. Die große Mehrheit des deutschen Volkes, auch Hunderttausende von denen, die bei der Wahl im Sammelbecken der Reichstagssozialdemokratie und Unabhängigen gelandet sind, wollen in Wirklichkeit die Befreiend Tat der Verständigung. Will sie der neue Reichstag nicht, so spricht er sich selbst sein Todesurteil. Je schneller und je eindringlicher der Reichstag von einer interalliierten Regierung vor die schicksalsschweren Entscheidungen der Stunde gestellt wird, um so größer ist die Aussicht, daß die Demagogie des Wahlkampfes der politischen Einsicht und Vernunft weicht.

Paris, 10. Mai. (Via Drahtbericht.) In dem Schreiben, das am dem Jahrbüchler der Liga für die nationale Sicherheit verlesen wurde, erklärte Präsident Coolidge, daß das schwebende Vertrauen auf die Reichsidee in der Welt wenig Wert habe. Im Interesse des Friedens und der Durchführung seiner Ideale müsse das amerikanische Volk deshalb seine nationale Verteidigung aufrechterhalten. Unter den Rednern des Tages waren Marineminister Wilson und sein Stellvertreter Roosevelt, die beide die kürzlich aufgestellte Behauptung dezentrierten, daß sich die Flotte in schlechtem Zustande befinde. Wilson erklärte weiter, daß mit dem Seekriegsschiff Z. R. III, sobald es von Deutschland geliefert sein werde, der Versuch gemacht werden soll, ein Seekriegsschiff zum Zweck des Handels verwendbar zu machen.

Coolidge für Rüstungen

London, 10. Mai. (Via Drahtbericht.) Im Unterhaus kam es gestern bei der Beratung eines Antrages über die Aufhebung der Selbstverwaltung in Schottland zu großen Pörmereien.

Eröffnungssitzung der italienischen Kammer

Rom, 10. Mai. (Via Drahtbericht.) Die Eröffnungssitzung der italienischen Kammer ist an dem 24. Mai festgesetzt.